

Wiesbadener Zeitung Rheinischer Kurier

Mittelrheinische Zeitung

Beilage „Der Landwirt in Nassau“

Erscheint 2 mal täglich, am Montag früh. — Bezugspreis: 48 Pfennig monatlich...

Amtliches Organ der Polizei-Direktion, der Gerichts- und vieler anderer Staats- und Kommunal-Behörden.

Verlag, Schriftleitung und Druckerei: Wiesbaden, Nikolastr. 11. Fernruf Nr. 2013, 2016, 2017. — Anzeigenpreis: In Wiesbaden und Provinz Nassau 20 Pf., in anderen Orten 25 Pf., in der Provinz 30 Pf., in der Provinz 35 Pf., in der Provinz 40 Pf., in der Provinz 45 Pf., in der Provinz 50 Pf., in der Provinz 55 Pf., in der Provinz 60 Pf., in der Provinz 65 Pf., in der Provinz 70 Pf., in der Provinz 75 Pf., in der Provinz 80 Pf., in der Provinz 85 Pf., in der Provinz 90 Pf., in der Provinz 95 Pf., in der Provinz 100 Pf.

Nummer 606

Donnerstag, 28. November 1918.

72. Jahrgang.

Krisenluft.

Berlin, 28. Nov. (Via Tel.) Das Ultimatum des bayerischen Ministerpräsidenten Eisner an das Berliner Auswärtige Amt ist, wie der „Vol. Anz.“ hört, erst in den Abendstunden zur Kenntnis der Reichsleitung gelangt. Eine Uebersetzung der Note durch den bayerischen Gesandten war aber bis dahin noch nicht erfolgt. Es ist noch nicht angeschlossen, daß sie auch weiterhin unterbleibt, da man entschlossen ist, die Mitteilung des bayerischen Ministerpräsidenten nicht einmal entgegenzunehmen. Aus dieser ablehnenden Stellungnahme ist bereits zu erkennen, wie peinlich man hier von dem unbegründeten Vorstoß Eisners überrascht ist und wie wenig man geneigt ist, sich mit dieser vom Jang gebrochenen Forderung auseinanderzusetzen. Der „Vorwärts“ meint, daß Eisner mit seinem neuesten Schritt gegen die gegenwärtigen Vertreter des Auswärtigen Amtes der Reichsleitung ihre schwierige Lage nicht erleichtert habe. Er sagt: Warum von München aus der Nozen so überspannt wird, versteht man in Berlin nicht. Nichts ist zu glauben jedoch schon, Bayern wolle das Beispiel der Ukraine nachahmen und sich für den Preis der Reichsregierung einen billigen Frieden erkaufen. Dem steht jedoch die strikte Erklärung Eisners für die Erhaltung der Reichseinheit gegenüber. Wir glauben aber nicht, daß er auf dem richtigen Wege ist, die Reichseinheit zu festigen und bessere Friedensbedingungen für Deutschland zu erreichen.

Berlin, 27. Nov. (Amtlich.)

Der Vollausschuß ersuchte den Rat der Volksbeauftragten schleunigst zu veranlassen, daß Herr Solf aus seiner Stellung ausscheidet. Unter Zurücksetzung von Mitgliedern des Vollausschusses ist für die Beschlagnahme und Bewahrung aller die auswärtigen Angelegenheiten und aller das geäußerte Regierungsgeschäft betreffenden Akten unverzüglich Sorge zu tragen.

Berlin, 28. Nov.

Obwohl noch gestern Abend die Nachricht verbreitet wurde, daß Staatssekretär Dr. Solf trotz seines Konfliktes mit Eisner im Amte bleiben würde, und zwar mit Rücksicht auf die internationalen Beziehungen, scheint es doch, daß in nächster Zeit, vielleicht schon heute, die Demission Solfs erfolgen wird. In diesem Falle beabsichtigt, wie die „Vollst. Zeitung“ hört, die gesamte politische Abtheilung des Auswärtigen Amtes ebenfalls zurückzutreten. Es scheint ferner nicht ausgeschlossen zu sein, daß die nach Schluß der Reichskonferenz laut gewordenen Angriffe gegen andere Mitglieder der Reichsleitung und die Rücktritts-erklärung einzelner sozialistischer Mitglieder zur Folge haben werden, da diese Angriffe einflußreiche Unterstützung erfahren.

Auch der Posener A- und S.-Rat gegen Solf.

Posen, 28. Nov. (Wolff-Tel.)

In der Note des Staatssekretärs Solf vom 28. November ist folgender Satz enthalten:

„Die deutsche Regierung muß den vom Präsidenten Wilson aufgestellten Grundfragen gegenüber festhalten, daß die von der französischen Regierung in Versailles vorgebrachten Forderungen sowie das Verfahren der Polen in den östlichen Grenzbezirken Deutschlands und einzelne Maßnahmen der nichtdeutschen Bestandteile des ehemaligen Oesterreich-Ungarns gegen die Deutschen nichts anderes sind als Versuche, den Entscheidungen der Friedenskonferenz mit Gewalt vorzugreifen.“

Der Arbeiter- und Soldatenrat in Posen erklärt dazu: Soweit es sich um die östlichen Grenzgebiete Deutschlands handelt, stellen wir fest, daß die Behauptung des Staatssekretärs über das Vorhandensein von Befehlungen, die den Entscheidungen der Friedenskonferenz mit Gewalt vorzugreifen würden, jeder Grundlage entbehrt. Der Arbeiter- und Soldatenrat hat wiederholt erklärt, daß benutzende Berichte über die Verhältnisse in der Provinz Posen und über gewaltthätige Podtrennungsbestrebungen von unverantwortlichen Elementen verbreitet werden. Wir verwahren uns auf härteste dagegen, daß in einer amtlichen Note derartige gehaltlose und mehrfach widerlegte Behauptungen vorgebracht werden.

Ein Sonderfriede Bayerns?

Berlin, 28. Nov.

Der „Lokalanzeiger“ deutet die Annäherung des Münchener Diktators dahin, daß Bayern nun auf eigene Faust über den Frieden verhandeln wolle. Vielleicht komme Eisner damit in München der Entente entgegen, aber bei einem solchen Sonderfrieden würde Bayern nichts erreichen, denn schließt vom Deutschen Reich sei es in einem etwa neu entstehenden Rheinbund zum wirtschaftlichen Untergang verurteilt.

Verlegung der Obersten Heeresleitung?

Ueber die von der Reichsregierung verlangte Verlegung der Obersten Heeresleitung von Kassel nach Berlin ist Endgültiges noch nicht gemeldet worden. Es heißt hier, daß die Verhältnisse in Wilhelmshöhe für die Oberste Heeresleitung keineswegs sehr unangenehm seien. Allgemein ist hier das traurige Aussehen des Feldmarschalls v. Hindenburgs bei der Verlegung der heimkehrenden Truppen auf-

Amtliche Bekanntmachungen des Arbeiter- und Soldaten-Rates.

Bekanntmachung.

Der besondere Sicherheitsdienst des Arbeiter- und Soldatenrates bei der hiesigen Polizei ist in der bisherigen Form aufgehoben. Die Sicherheitsleute unterstehen direkt der Polizei. Marine-Obermaat Koch ist aus seiner Stellung als Leiter des Sicherheitsdienstes ausgeschieden. Wiesbaden, den 28. November 1918.

A- u. S.-Räte.

Berlin, 28. Nov. (Wolff-Tel.)

Der Vollausschuß des Soldatenrates bei der Obersten Heeresleitung richtete heute an den Vollausschuß des Arbeiter- und Soldatenrates Groß-Berlin folgenden Forderung:

„Der Soldatenrat bei der Obersten Heeresleitung begrüßt freudig die Einberufung einer Delegiertenversammlung aller Arbeiter- und Soldatenräte Deutschlands auf den 16. Dezember nach Berlin. Er hofft auf Verständigung und gemeinsame Arbeit mit dem in Guss am 1. Dezember zu wählenden Vollausschuß der Soldatenräte des Frontheeres und erwartet die Zulassung eines Vertreters für je hunderttausend Feldsoldaten zur Tagung. Die Soldatenräte der Front haben sich der Regierung Ebert-Haase in überwiegender Mehrzahl — nicht eine gegenteilige Stimme liegt vor — zur Verfügung gestellt und wünschen baldmöglichste Einberufung einer verfassunggebenden Nationalversammlung. Alle Vertreter der Front lehnen einmütig jeden Versuch, das Heer für monarchistische Reaktion oder für bolschewistische Terror zu gebrauchen, ab.“

Der Vollausschuß des Soldatenrates bei der Obersten Heeresleitung.

Verhaftung von A- u. S.-Räten.

Berlin, 27. Nov. (Via Tel.)

Der Ober-Ausschuß der Marine hat folgenden einstimmigen Beschluß gefaßt und durch drei Mitglieder des Ober-Ausschusses dem Rat der Volksbeauftragten persönlich überreichen lassen: Der Ober-Ausschuß der Marine protestiert ganz energisch gegen die Maßnahmen der Generale, die die Arbeiter- und Soldatenräte verhaften. Der Zentralrat der Marine fordert die Volksbeauftragten auf, unverzüglich Schritte zu unternehmen, daß diese Maßnahmen unterbleiben und unsere Brüder wieder auf freien Fuß gesetzt werden, damit die Früchte der Revolution nicht zunichte werden.

Der Zentralrat der Marine.

Prinz Max als Präsidenschaftskandidat?

Karlsruhe 28. Nov. (T.-U.-Tel.)

Die „Badische Presse“ erfährt aus Zürich: Die dortigen Morgenzeitungen berichten, daß in deutschen demokratischen Kreisen eine starke Strömung besteht, die auf die Kandidatur des Prinzen Max von Baden als ersten Präsidenten der großdeutschen Republik hinarbeitet.

Das preußische Kabinett.

Berlin, 27. Nov. (Amtlich.)

Innerhalb der preussischen Regierung (Staatsministerium) bilden Hirsch, Ströbel, Braun, Eugen Ernst, Adolf Hoffmann und Dr. Rosenfeld das politische Kabinett. Die Befehle der einzelnen Ministerien ist folgende: Dandel: Fischbeck, Vizegouverneur und die zweite Stelle ist noch nicht besetzt; Krieg: Scheich, Unterstaatssekretär Göhre; Oeffentliche Arbeiten: Hoff, Beigeordneter Paul Hoffmann und Brunner; Inneres: Hirsch und Dr. Breitscheid, Beigeordneter Eugen Ernst; Wissenschaft, Kunst und Volksbildung: Adolf Hoffmann und Hähnisch; Finanzen: Dr. Sadekum und Simon; Landwirtschaft, Domänen und Forsten: Braun und Pöfer; Justiz: Dr. Rosenfeld und W. Heine.

Liebnecht beherrscht die Lage in Berlin.

Berlin, 28. Nov.

Wie die „Germania“ mitteilt, wird in politischen Kreisen die Frage, ob die kommende Nationalversammlung in Berlin tagen könne, glatt verneint. Die Spartakusgruppe und das, was um sie herum hängt, würde vor dem Verlust nicht zurückweichen, gegen ein Parlament, das ihrem Willen nicht gefügig ist, alle Mittel des Terrors anzuwenden. In Berlin beherrscht Liebnecht in der Tat die Situation. Die „Germania“ nimmt an, daß ungefähr hunderttausend Privatpersonen in Berlin im Besitz von Waffen, Gewehren, Revolvern usw., sind. Dazu seien aus den Depots große Mengen von Munition und Handgranaten entwendet worden. Ferner sei das Berliner Militär zum Teil ohne Waffen, zum anderen Teil vollständig unzuverlässig. Eine Nationalversammlung müsse ohne Beeinflussung der Straße unabhängig ihre Entschlüsse fassen können.

Forderungen der Bremer Kommunisten.

Bremen, 28. Nov. (T.-U.-Tel.)

Die Partei der hiesigen internationalen Kommunisten beschloß, in fünf Versammlungen, für den kommenden Frei-

tag die Bremer Arbeiterkraft zum Generalstreik und zum geschlossenen Zuge zum hiesigen A- u. S.-Rat aufzufordern, um diesen zur sofortigen Annahme der folgenden Forderungen zu bewegen:

- 1. Erklärung gegen die Nationalversammlung, 2. Verbrüderung mit den russischen Bolschewiki, 3. sofortige Einführung der kommunistischen Wirtschaftsordnung, 4. Propaganda unter den feindlichen Truppen, 5. Entwaffnung der Soldaten und Bewaffnung der revolutionären Arbeiterkraft.

Ordnung in Rußland Friedensvorbedingung.

Zürich, 28. Nov. (T.-U.-Tel.)

Von gut unterrichteter Seite wird gemeldet, daß die Regierung der Vereinigten Staaten entschlossen ist, nicht eher in Friedensverhandlungen einzutreten, bis Rußland durch eine zentrale bürgerliche Regierung an den Verhandlungen teilzunehmen in der Lage sein wird. Die endgültigen Friedensverhandlungen würden demnach so lange hinausgeschoben werden, bis der Verbund in Rußland Ordnung geschaffen hat.

Zusammenschluß von Menschewiki und Bolschewiki.

Genf, 28. Nov. (T.-U.-Tel.)

Die Pariser sozialistischen Blätter erfahren, daß die russische Menschewiki-Partei im Beariff sei, sich den regierenden Bolschewiki anzuschließen zur gemeinsamen Abwehr aller von der Entente abhängigen Kräfte.

Saaga, 28. Nov. (T.-U.-Tel.)

Wie die „Times“ meldet, besteht kein Zweifel, daß die moralische und materielle Macht der Bolschewiki noch zunimmt und sich weiter ausdehnen wird, bis sie von außen besiegt wird. Diese äußere Macht, um sie zu bekämpfen, muß aber so groß sein, daß sie nicht nur Petersburg und Moskau besetzt, sondern jede größere Stadt in Rußland.

Königsbesuche in Paris.

Genf, 28. Nov. (T.-U.-Tel.)

Der König von England wird am heutigen Donnerstag in Paris eintreffen und feierlich empfangen werden. Beim Dinnerabend im Elysee werden offizielle Toaste ausgetauscht werden. Der König von Belgien wird am 5. December in Paris eintreffen. — Weiter wird gemeldet, daß die französische Gesandtschaft in Brüssel zur Bottschaft erhoben werden soll.

Boulogne, 27. Nov. (Wolff-Tel.)

Der König von England ist heute Nachmittag hier eingetroffen.

Englands Imperialismus.

London, 28. Nov. (Wolff-Tel.)

Neuter: Churchill sagte in einer in Dundee gehaltenen Rede, er sei ein von Hoffnung erfüllter und aufrichtiger Anwalt des Völkerbundes. Aber dieser Völkerbund solle kein Ersatz für die Vormachtstellung der britischen Flotte sein. Ferner erklärte er, daß keine deutsche Kolonie jemals Deutschland zurückgegeben werde, ebenso wie kein erobertes Teil des türkischen Gebietes der Türkei zurückgegeben werden soll.

Menschenverluste der englischen Marine.

London, 28. Nov. (Wolff-Tel.)

Neuter: Die Admiralität veröffentlicht folgende Mitteilung über die Gesamtzahl der Verluste seit dem Ausbruch des Krieges bis 11. November 1918 an Offizieren und Mannschaften der Flotte (einschließlich des Marineinfanterie bis zum 31. Dezember 1917, als die königliche Infanterie errichtet wurde, und der königlichen Marineinfanterie, aber ausschließlich der königlichen Seedivision, deren Verlustziffern bereits in den vom Kriegsamt veröffentlichten Ziffern enthalten sind):

- I. Offiziere: 1. tot einschließlich an Wunden oder aus anderen Ursachen Gestorbene 2476, 2. verwundet 505, 3. vermisst 15, 4. interniert und gefangen 282; insgesamt 3078. II. Mannschaften: 1. tot einschließlich der an ihren Wunden oder an anderen Ursachen Gestorbene 80 805, 2. verwundet 4372, 3. vermisst 22, 4. interniert und gefangen 953; insgesamt 86 258.

Die Gesamtverluste an Offizieren und Mannschaften betragen 90 708. Die obigen Ziffern schließen die Zahl der Offiziere der englischen Handels- und Fischerflotte ein, die an Bord der Kriegsmarine, an Bord von Hilfschiffen oder anderen übernommenen Schiffen dienten. Außerdem haben bei der Ausübung ihres gewöhnlichen Berufs 14 061 Offiziere und Mannschaften dieser Kategorie durch das Vorgehen des Feindes das Leben eingebüßt. 3295 wurden gefangen genommen und als Kriegsgefangene in den feindlichen Lagern zurückgehalten.

Die Explosion auf dem Bahnhof in Brüssel.

Rotterdam, 28. Nov. (T.-U.-Tel.)

Ein Ausschuss von Offizieren und Vertretern neutraler Mächte, darunter ein Mitglied der holländischen Gesandtschaft, hat eine Untersuchung über die Ursachen der Munitionsexplosion auf dem Brüsseler Bahnhof veranlaßt und kam zu dem Schluß, daß bei der Entladung am Südbahnhof Anwesenheit von deutscher Seite im Spiele war.

Die Behandlung der Kriegsgefangenen in Deutschland.

Einsetzung einer Untersuchungskommission.

Berlin, 27. Nov.
Der Rat der Volksbeauftragten beschloß die Einsetzung einer Kommission zur Untersuchung der Anklagen wegen der völkerrechtswidrigen Behandlung der Kriegsgefangenen in Deutschland. Als Kommissionsmitglieder sind in Aussicht genommen: Staatssekretär a. D. Trimborn, die Unterstaatssekretäre Bernheim vom Reichshofamt und Dr. Cohn vom Reichsjustizamt, der württembergische Gesandte Hilbrand, Prinz zu Schönau-Carolath, Geheimrat Dove, Professor Schilling in Marburg als Vorsitzender, Wirklicher Legationsrat Ehardt als Vertreter des Auswärtigen Amtes, Oberst v. Franke als Vertreter des Kriegsministeriums und Kapitän zur See Vanselow als Vertreter des Reichsmarineamts. Die Auswahl der Persönlichkeiten beweist, welche außerordentliche Bedeutung der Reichsleitung dieser Frage beizumessen ist. Die Kommission erhält das Recht, zur Vereidigung von Zeugen die Anträge in Anspruch zu nehmen und die Schuldigen, ohne Ansehen der Person, vorbehaltlich etwaiger strafrechtlicher Verfolgung, ohne Pension aus dem Heere zu stoßen. Die Kommission nimmt ihre Arbeit schon in den nächsten Tagen auf.

Die deutsche Waffenstillstandskommission.
Staatssekretär Erzberger.

Kurze politische Nachrichten.

Für und wider die Nationalversammlung.

Auf der Konferenz der Bundesstaaten haben sich folgende Vertreter für die Einberufung der Nationalversammlung außer den Regierungsvertretern ausgesprochen: Ulrich-Dessen, Heymann-Württemberg, Crispian-Württemberg, Geiß-Baden, Elmer-Bayern (bedingt), Haas-Baden, Gradnauer-Sachsen. Dagegen haben sich erklärt: Merges-Braunschweig und Seitzer-Gotha.

Die angeblichen Ausfälle in Berlin.

Die „Voss. Z.“ stellt fest, die aus Frankfurt kommende Meldung, wonach in Berlin insgesamt 150 000 Arbeiter streiken sollen, vollkommen unzutreffend ist. In allen Großbetrieben werde gearbeitet und nur ganz vereinzelt werde gestreikt.

Die Hinrichtung des Kaisers als englische Wahlpflicht.

Im District Castle Hill wird Asquith als Gegenkandidat die Bitte des 1917 an der Front gefallenen Obersten Hope gegenübergestellt werden. Sie fordert die Hinrichtung des Kaisers. (Der Kaiserhof wird zum englischen Volkstribunal).

Stadtnachrichten.

Wiesbaden, 28. November.

Nationalversammlung und Wiesbadener Arbeiter- und Soldatenrat.

In seiner Sitzung am 27. November nahm der Wiesbadener Arbeiter- und Soldatenrat auch Stellung zur Einberufung der Nationalversammlung. Er lehnte folgende Entschließung ab:

Der Arbeiter- und Soldatenrat erklärt sich mit dem Beschluß des Rates der Volksbeauftragten der Bundesstaaten vom 26. November 1918 einverstanden und unterstützt die Forderung der Arbeiter- und Soldatenräte Deutschlands zur baldigen Einberufung der Nationalversammlung.

Der Arbeiter- und Soldatenrat ersucht ferner die Regierung, die schnellste Einberufung einer Generalversammlung der Delegierten der Arbeiter- und Soldatenräte Deutschlands vorzubereiten, damit diese weitere Beschlüsse bezüglich der Einberufung der Nationalversammlung fassen kann.

Verzögerungen in der Zustellung der Zeitung an unsere Post- und Filialbezieher sind unter den gegenwärtigen Verhältnissen unausbleiblich. Wir bitten unsere auswärtigen Leser um Nachsicht und hoffen, daß der Bahnverkehr bald wieder eine regelmäßige und pünktliche Lieferung des Blattes zuläßt.

Zur Verhütung der Wehrpflichtigen. Die Meldung aus Köln, wonach laut einer ergangenen Mitteilung des stellvertretenden Generalkommandos des 8. Armeekorps alle Wehrpflichtigen, die vor dem 1. August 1914 ihren Wohnsitz nicht im Reichswehrgesetzgebiet hatten, dieses Gebiet bis zum 10. Dezember verlassen müssen, da sie sonst interniert werden, beruht, wie uns auf Anfrage bei dem Gouverneuramt Köln erklärt wird, nicht auf amtlicher Grundlage. Es handelt sich hierbei, wie uns das Kölner Gouverneuramt mitteilt, lediglich um eine Zeitungsnote unbekannter Inhalts.

Lebensmittelverteilung. Das Lebensmittelamt teilt mit, daß die städtischen Verkaufsstellen des Rathhaus- und Klempnerstraße, Büdingenstraße 4 und der vom Konsumverein für Wiesbaden und Umgebung in entgegenkommender Weise zur Verfügung gestellte Baden-Helene-Straße 25 auch am Sonntag vormittags von 8-1 Uhr geöffnet sind. Hinzugezogene werden, wenn angeht, des harten Antrages wegen, halt an den letzten Wochentagen am Sonntag die ihnen zugehenden Waren in den städtischen Bäden einzukaufen.

Fleischverkauf. Zur Befreiung des gegenwärtigen durch die zahlreichen Entlassungen aus dem Heere hervorgerufenen Käuferandranges sind die zur Abgabe von Fleisch auf Urlaub- und Wochenfleischkarten zugelassenen Metzgereien bis auf weiteres neben der sonst üblichen Verkaufszeit auch am Freitag nachmittags von 1-6 Uhr für Urlaub- und Neuzuzugene geöffnet. Der Stadt Fleischverkauf und die Metzgereien Cron, Kengasse 15, sind demnach künftig an allen Vormittagen und außerdem am Freitag nachmittags und Samstag nachmittags offen, während der Verkauf in den übrigen Urlauberbäden Diefenbach, Scherkerstraße 22, Müller, Röderstraße 15, Werner, Seerobenstraße 15, Düntz, Albrechtstraße 2, Klein, Gr. Buchstraße 8, Bellwinkel, Schulgasse 7, am Freitag nachmittags, Samstag Vormittag und Sonntag nachmittags stattfindet.

Der Sicherheitsdienst des Arbeiter- und Soldatenrates mit Unterstützung der Polizei wird in der bisherigen Form aufrechterhalten und von jetzt ab der Volkswehr unterstellt. Die Volkswehr ist mit drei Bataillon aufgestellt und versteht seit Sonntag den Sicherheitsdienst in dieser Stadt. Weitere Meldungen zur Volkswehr werden vorläufig nicht entgegengenommen.

Alle aus einem Arbeitsverhältnis entspringenden Streitigkeiten zwischen Arbeitnehmer und Arbeitgeber (Streitigkeiten über Lohn- und Arbeitsbedingungen, Arbeitsstunden, Fortzahlung eines vierzehntägigen Lohnes bei Entlassung usw.) werden von den einzelnen Gewerkschaften mit den Unternehmerverbänden oder mit den einzelnen Unternehmern geschlichtet. Beschwerden sind also nur an die betr. Gewerkschaften, nicht aber an den Arbeiter- und Soldatenrat zu richten, der sich mit solchen Streitigkeiten nicht beschäftigen kann.

Schapper-Stiftung. Die Töchter des wiesbadischen Oberbergrats Schapper zu Wiesbaden haben zum Andenken an ihren verstorbenen Vater eine Stiftung in Höhe von 55 000 Mark errichtet. Die Zinsen dieser „Oberbergrats Schapper-Stiftung“ sollen hilfsbedürftigen Verwitweten und Witwen und Waisen verordneter Verwalter im früheren Herzogtum Nassau zugewendet werden. Die Verwaltung der Stiftung übernahm der Bahn-Anspandisverein zu Weilburg.

Keine Behinderung der Rheinschifffahrt. Nach Meldungen der Waffenstillstandskommission an die Handelskammer Duisburg soll durch den Waffenstillstand die Ausübung der Rheinschifffahrt nicht behindert werden.

Pferdediebstahl. Gestohlen wurden in Mainz am 24. November eine Fuchshute, eine braune Stute und ein Halbwallach, ferner ein Dogeart mit Scherbaum, mit der Aufschrift „Paris“. Zweckdienliche Mitteilungen über den Verbleib nimmt die Kriminalpolizei entgegen.

Wer ist Eigentümer? Bei festgenommenen Eigentümern wurden folgende Sachen beschlagnahmt, die wahrscheinlich aus einem Ladendiebstahl herrühren: Drei Unterröcke (einer grünlich, einer schwarzseiden und dunkelgrünlich), ferner drei Kattunschürzen, gemultert, zwei Anzüge weiße Seiden und eine Schere. Eigentumsansprüche sind an die Kriminalpolizei, Zimmer 18, zu richten.

Nächtlicher Unfug. Verächtlich wurde hier in gewissen Stadtteilen spät abends nächtlicher Unfug dadurch verübt, daß mit großem Lärm, Abfingen von Pfeibern mit Mundharmonikaabspielung usw. Umzüge abgehalten wurden. In einzelnen Fällen wurden dabei auch blinde Schöne abgeben. Es handelt sich zumeist um heimkehrende Soldaten, die auf diese Weise ihrer frohen Stimmung Ausdruck verleihen wollen. Der Arbeiter- und Soldatenrat teilt mit, daß gegen diese nächtlichen Ausschreitungen ganz energig vorgegangen werden soll. Die Mannschaften der Volkswehr haben den Auftrag, solche Ruhestörer sofort festzunehmen. Wer dabei mit der Waffe betroffen wird, der besonders strenge Bestrafung zu gewärtigen. Es wird bei dieser Gelegenheit nochmals darauf hingewiesen, daß alle Waffen (Schußwaffen) abzuliefern sind. Was denjenigen droht, die bei der Besetzung der Stadt durch feindliche Truppen noch im Besitze einer Waffe betroffen werden, braucht wohl nicht erst besonders betont zu werden.

Standesamt-Nachrichten vom 28. Nov. Sterbefälle: Am 26. Nov. Maria Bangard, 74 Jahre; Frau Anna Stoldt, 70 Jahre; Duffense, 74 Jahre; Amalie Beutel, Dienstmädchen, 25 Jahre. Am 27. Nov. Maria Bach, 15 Jahre. Am 28. Nov. Walter Degen, Schüler, 18 Jahre; Reinhard Durl, 2 Monate; Jutta Sterleben, 2 Monate.

Kurhaus, Theater, Vereine, Vorträge, usw.

Kurhaus. Das für morgen Freitag vorabendliche Musik-Konzert kann nicht stattfinden, da der Solist, wie er schon mitteilt, keine Reisemöglichkeit nach Wiesbaden hat. Es ist nunmehr für nachmittags 4 und abends 8 Uhr Abonnements-Konzert angesetzt.

Preuß.-Südd. Klassen-Lotterie.

Mittwoch Vormittag.

30 000 M. auf Nr. 81 227.
5 000 M. auf Nr. 39 086 06 412 80 547 207 056.
3 000 M. auf Nr. 2807 3753 16 847 28 060 25 705 23 253
34278 41289 52218 61350 62978 64210 67092 68439 70706 78089
78 249 79 317 80 914 101 076 105 800 114 677 118 391 119 012
130 878 130 582 144 740 151 657 151 835 155 572 170 196 184 020
214 596 219 909 220 247 221 110 221 805 222 449 223 340 231 278.

Mittwoch Nachmittag.

30 000 M. auf Nr. 4098 87 275.
15 000 M. auf Nr. 72 713 103 397.
10 000 M. auf Nr. 111 925 158 747.
5 000 M. auf Nr. 32 025 100 021.
3 000 M. auf Nr. 1992 7009 18 005 20 486 23 340 29 503
35 834 36 653 36 890 39 440 78 772 85 025 91 067 93 292 99 819
110 655 110 918 122 931 123 700 150 916 155 507 187 718 170 934
171 906 186 610 202 079 202 205 204 731 205 764 206 035 226 428.

Die vollständige Gewinnliste kann in unserer Hauptgeschäftsstelle, Nikolastraße 11, und bei unseren Filialen, Mauritianstraße 14, Schulgasse 2, Dranten-Edle Herderstraße 23 und Gelsbergstraße 1, eingesehen werden.

Aus Nassau und Nachbargebieten.

F. Herbort, 28. Nov. Die eigene Frau erschossen. Während ein hiesiger Feldarbeiter, Hühnersmann mit Namen, an einem geladenen Armeevolver hantierte, entlief ihm die Waffe, und die Kugel traf die Frau des Hühnersmann in den Kopf, so daß sie kurz darauf verstarb.

Schriftleitung: Bernhard Großhans.

Verantwortlich für deutsche und ausländische Politik: B. Großhans; für Kunst, Wissenschaft, Unterhaltungs- und volkswirtschaftlichen Teil: G. Giffenberger; für Stadt- und Landnachrichten, Gericht und Sport: I. B. Hans Hänel; für die Anzeigen: Job. Wohler, sämtlich in Wiesbaden.
Druck u. Verlag der Wiesbadener Verlags-Anstalt G. m. b. H.

Öffentliche Frauen-Versammlung

Samstag, den 30. November, abends 8 Uhr, im großen Saale der Turngesellschaft, Schwalbacher Straße 8.

Rednerin: Dr. Olga Knischewsky

„Die Frauen als wahlberechtigte Bürgerinnen.“

Frauen aller Parteien, Frauen aller Stände werden hiermit eingeladen.

- Wiesbadener Stadtbund für Frauenbestrebungen
- Evangelische Frauenhilfe
- Katholischer Frauenbund
- Vereinigung jüdischer Frauen
- Provinzialverein Hessen-Nassau für Frauenstimmrecht.

In unser Handelsregister B Nr. 312 wurde heute bei der Firma Handelsgesellschaft für Deeres- und Industriebedarf, Gesellschaft mit beschränkter Haftung zu Wiesbaden eingetragen: Durch Beschluß der Gesellschaftsversammlung vom 15. November 1918 ist die Gesellschaft aufgelöst. Liquidator ist die Ehefrau des Kaufmanns Emil Langenhahn, Elisabeth geb. Reis zu Wiesbaden. Wiesbaden, den 21. November 1918.
Amtsgericht, Abteilung 8. (N. 457)

In unser Handelsregister B Nr. 190 wurde heute bei der Firma Kunstgewerbehaus Carl Rober, Gesellschaft mit beschränkter Haftung zu Wiesbaden eingetragen: Margarethe Riegel ist als Geschäftsführerin ausgeschieden und an ihrer Stelle der Kaufmann Carl Rober zu Wiesbaden zum Geschäftsführer bestellt. Wiesbaden, den 21. November 1918.
Amtsgericht, Abteilung 8. (N. 455)

Sonnberg. - Bekanntmachung.
Ausgabe von Reich am Donnerstag, den 28. November in den hiesigen Geschäften (65 Gr. für jeden verordnungsberechtigten Einwohner, mit Ausnahme der Selbstverworfener). Die Lebensmittelkarte ist voranzugehen.
Sonnberg, den 28. November 1918.
Der Bürgermeister: D. u. G. 1. 7903

Dr. Wilhelm Koch

Mainzer Straße 18 • Fernsprecher 6350

nimmt keine Tätigkeit wieder auf.

Sprechstunden ab Montag, den 2. Dezember, 3-4 nachmittags, außer Mittwoch und Sonntag.

Aus dem Felde zurück!

Sanitätsrat Dr. Seyberth

Rheinstraße 34.
Sprechzeit 3-4 Uhr. 7901

Nationalliberale Partei.

Am nächsten Sonntag, den 1. Dezember 1918, nachmittags 3 1/2 Uhr, findet im großen Saal der Warburg eine

geschloss. Mitgliederversammlung

des nationalliberalen Vereins statt.

Tagesordnung:
Beratung der Lage und Beschlußfassung über die Stellungnahme zu der neu gegründeten „Deutschen Volkspartei“.

Unsere Mitglieder werden hiermit zum Besuch dieser Versammlung dringend eingeladen.

Der Vorstand des nationalliberalen Vereins

Kurhaus Wiesbaden.

Das Cyklus-Konzert

morgen Freitag fällt aus.

Städtische Kurverwaltung. 1215

Neu angekommen:

1 Waggon Rotkraut

1 Waggon Zwiebeln

Verkauf an jedermann und jedes Quantum ohne Karte

bei Knapp, Friedrichstraße 8.

In unser Handelsregister A wurde heute bei der Firma J. G. Scherzinger in Wiesbaden eingetragen: Dem Kaufmann Berthold Weimerdinger zu Wiesbaden ist Procura erteilt. Wiesbaden, den 22. November 1918.
Königliches Amtsgericht, Abt. 8. 7900